

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe **November 2008**

seite 1



Vorläufige neue Adresse

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

problematische Finanzmärkte machen in diesen Tagen Schlagzeilen. Die SPD hat dazu Konzepte, die vor allem diejenigen verstärkt in die Verantwortung nehmen, die diesen Crash verschuldet haben. Nicht nur Gegensteuern heißt unsere Devise, sondern solche Pleiten auch künftig da vermeiden, wo sie politisch vermeidbar sind. Das ist – neben den aktuellen Problemlösungen – unsere Aufgabe als Vertreter des Mittelstandes.

Vor allem deshalb, damit der Mittelstand in unserem Land nicht negativ betroffen bleibt. Damit Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Investitionen und wirtschaftliches Wachstum erhalten bleiben.

Dieses Thema wird sicher auch den **Zukunftskonvent der NRWSPD** beeinflussen,

zu dem für den 15.11. in die Messe Essen gerade auch wir als Mittelständler eingeladen sind.

In Essen werden wir diskutieren über eine Stärkung der lokalen Wirtschaft, über Wissen für den Mittelstand, über die Notwendigkeit von Fachkräften, über den Fortschrittmotor Klimaschutz, über Rohstoffe und deren Sicherung.

Wir als Mittelständler sind bei all diesen Themen gefragt. Wir sollten uns diesen Fragen stellen, mitdiskutieren, Probleme aufzeigen, Lösungen anbieten. Wir haben die Chance: Beim Zukunftskonvent unserer Partei in NRW. Ich denke, ich sehe Euch alle in Essen – treffen wir uns, damit wir miteinander reden können.



Herzlichst,

Gerhard Teulings

AGS-Landesvorsitzender NRW



HINWEIS FÜR ALLE AGS-ORGANISATIONEN IN NRW AGS-LANDESKONFERENZ 2009

Voraussichtlich am **Samstag, 28. März 2009**, findet **ganztägig die nächste AGS-Landeskonferenz NRW in Bochum statt. Die Gesamtdelegiertenzahl für NRW beträgt 100. Die regionalen AGS-Organisationen sind gehalten, ihre Delegierten zur Landeskonferenz jetzt zu wählen, soweit dies nicht bereits erfolgt ist.** <

KOMMUNALWAHL 2009

JOSEF GIETEMANN – EINSTIMMIG GEWÄHLT

Kleve, 24.10.2008, Gaby Boch

**SPD-Bürgermeisterkandidat für Kleve will Mehr-
generations-Häuser, Senioren-, Jugend-, Ausländer-
beirat.**



Josef Gietemann, u.a.
AGS-Vorsitzender im
Kreis Kleve

Optimaler konnte der Start in den Wahlkampf für ihn nicht sein: Josef Gietemann wurde einstimmig (!) vom SPD-Ortsverein Kleve zum Bürgermeisterkandidaten gewählt. Mit diesem Erfolg kann sich Gietemann zumindest in diesem Punkt auf eine Stufe mit Konrad Adenauer stellen. Kleiner Unterschied: Josef Gietemann wurde mit einer Enthaltung (vermutlich seiner eigenen) von 68 der 69 Stimmberechtigten in geheimer Wahl nominiert. Die Sozialdemokraten gratulierten ihrem Kandidaten mit Standing Ovationen – minutenlang. An erster Stelle natürlich Ehefrau Bettina, die übrigens an diesem Tag Geburtstag hatte, und Sohn Jan. Glückwünsche, denen sich Kreisparteichefin Barbara Hendricks anschloss: „Wir sind alle davon überzeugt, dass Du der beste Kandidat für Kleve bist“. Ob es der Beginn einer Polit-Karriere ist, bleibt abzuwarten. Einen roten Schal – wie man ihn von Franz Müntefering kennt – trägt Josef Gietemann seit Mittwoch jedenfalls schon.

Es war seine Rede, die im Kolpinghaus überzeugte. Er ließ kaum ein politisches Thema aus, das die Stadt und vor allem die Bürgerinnen und Bürger in

Kleve bewegt. „Wir spüren, wie laut der Ruf der Menschen nach guter Politik ist“, betonte der Bezirksschornsteinfegermeister eingangs. „Die Menschen erwarten, dass wir uns mit dem, was ist, nicht abfinden, dass wir sie sicher durch die Krise lotsen, in eine sichere Zukunft für alle“, konstatierte er mit Blick auf die aktuelle Finanzkrise. [...] „Ohne Sparkassen und Genossenschaftsbanken wäre der Mittelstand aufgeschmissen“, formulierte er mit Blick auf die von der CDU geplante Änderung des Sparkassengesetzes. Josef Gietemann erinnerte außerdem daran, dass die Stadtwerke Kleve im Ranking der preiswertesten Versorger mit Gas, Wasser und Strom an der Spitze liegen. Darum müssten die kommunalen Wirtschaftsbetriebe erhalten werden, forderte er: „Das ist soziale Politik, wenn die Bürger in Kleve mehr Geld im Portemonnaie haben als die in den Nachbarstädten.“ <

AGS AACHEN

STADT UND KREIS AACHEN FUSIONIERT

Am 27. Oktober 2008 fand im SPD-Haus am Willy-Brandt-Ring in Alsdorf eine Konferenz der AGS statt.

In Alsdorf trafen sich Mitglieder der AGS aus den beiden Unterbezirken Stadt Aachen und Kreis Aachen. Die Bildung der Städte-Region Aachen bedingt, dass auch im politischen Raum Veränderungen bei den Organisationsformen notwendig werden. Hier sieht sich die AGS in einer Vorreiter-Rolle, indem die Arbeitsgemeinschaften aus Stadt und Kreis fusionierten. Logische Konsequenz war die Wahl eines gemeinsamen Vorstands mit folgendem Ergebnis:

Vorsitzender **André Brümmer** (Stolberg), Stellvertreter/innen **Franz-Josef Altdorf** (Alsdorf), **Christiane Karl** (Eschweiler) und **Ulrich Pathe** (Aachen), Beisitzer/innen **Dieter Haller** (Stolberg), **Christina Klinkenberg** (Eschweiler), **Esther Kreuzer** (Stolberg), **Max Krieger** (Eschweiler), **Lilli Philippen** (Aachen) und **Yasemin Turhan** (Eschweiler).

Delegierte zu Partei- und AGS-Konferenzen mussten aus Organisationszwängen noch nach Stadt und Kreis getrennt gewählt werden.



Vorne: Walter Werner, Dieter Haller, Franz-Josef Altdorf, hinten: Max Krieger, Lilli Philippen, Andre Brümmer, Ulrich Pathe, Christina Klinkenberg, Christiane Karl (v.l.n.r.)

Ein wichtiges Thema war auch die SPD-Aktion zur Rettung des bestehenden Sparkassensystems, aktiv unterstützt durch die AGS. Es wurde die Hoffnung geäußert, dass möglichst viele Stadträte eine Resolution von Sparkassen und IHK unterzeichnen, die das von der NRW-Landesregierung geplante neue Sparkassengesetz ablehnt.

Die Mitglieder der AGS werden in ihren Wohnorten verstärkt Ansprechpartner für Politik, Handel, Handwerk und Gewerbe sein, wenn es um wirtschaftliche Belange geht. <

IGBCE-KONFERENZ IN BOTTRUP

DGB UND AGS VEREINBAREN GESPRÄCH ZU POSITIONEN DES MITTELSTANDES • OVATIONEN FÜR SPD-LANDESCHEFIN HANNELORE KRAFT

Der DGB-Landesvorsitzende Guntram Schneider und AGS-Landesvorsitzender Gerhard Teulings haben am Rande einer IGBCE-Konferenz in Bottrop für das Frühjahr kommenden Jahres ein Kontaktgespräch zwischen ihren Organisationen vereinbart, bei dem es um gemeinsame Positionen zur Mittelstandspolitik in NRW gehen wird. Auf der Konferenz sprach sich die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft für eine Fortführung der Steinkohleförderung über das Jahr 2018 hinaus aus. Ihre rund einstündige Rede vor nahezu 300 Gewerkschaftlern aus allen Teilen des Bundesgebietes quittierten die Gewerkschaftler mit minutenlangen stehenden Ovationen. Von Schließungen des Bergbaus ist massiv auch der zuliefernde Mittelstand betroffen. <

SGK UND AGSNRW

VERANSTALTUNG ZUM VERGABERECHT GEPLANT

Die SGK NRW bzw. der Arbeitskreis „Kommunale Wirtschaftspolitik und Daseinsfürsorge“, der auch von der AGSNRW besetzt ist, plant noch für dieses Jahr ein Fachgespräch zur Novellierung des Vergaberechtes, die gegenwärtig auf der Bundesebene diskutiert wird. Über den Termin und die Referenten werden die AGS:Nachrichten informieren. <

GMBH-RECHT

REFORM DES GMBH-RECHTS

Auf der Handelsausschuss-Sitzung der IHK Aachen am 20.10.08 wurde die Reform des GmbH-Rechts vorgestellt. Die Reform beinhaltet Gründungsleichterungen und die Einführung einer „Mini-GmbH“

In der Vergangenheit wurde unser GmbH-Recht zunehmend umgangen durch die englische „Limited“. Agenturen, die für deutsche Interessenten die Eintragung in England abwickelten, verschwiegen oft die teure, auch bei der „Limited“ notwendige Berichtspflicht.

Mehr Rechtssicherheit und eine praktikablere Handhabung soll die neu geschaffene „Mini-GmbH“ bringen. Juristische Personen firmierten mit „Unternehmergesellschaft (Haftungsbeschränkt)“ oder „UG (Haftungsbeschränkt)“.

Es handelt sich um eine Unterart der GmbH, die nur durch Neubegründung ins Leben gerufen werden kann (also nicht durch Kapitalherabsetzung bei der GmbH). Es wird ein Mustergründungsprotokoll geben, durch das Kosten gespart werden können, allerdings nur, wenn nicht mehr als drei Gründer vorhanden sind und keine Änderungen zum Musterprotokoll vorgenommen werden. Zur Gründung bedarf es der notariellen Beurkundung (durch Mustergründungsprotokoll sehr günstig).

Bei der Unternehmergesellschaft beträgt die Mindest-Kapitalaufbringung nur 1€. Die Geldeinlage muss voll eingezahlt werden, es sind keine Sacheinlagen möglich. Es besteht Pflicht zur Rücklagenbildung (1/4 des Jahresüberschusses) zwecks Kapi-

talerhöhung auf 25.000,00 € (in der Praxis bedeutungslos); dann besteht die Möglichkeit, als GmbH zu firmieren und Rücklagen nicht mehr bilden zu müssen. Einsatzmöglichkeiten der UG: als „GmbH-Light“, für kurzfristige, riskante, aber wenig kapitalintensive Geschäfte, oder als Komplementär einer KG (UG & Co. KG). Auch für die GmbH treten einige Veränderungen ein, die bei der zuständigen IHK erfragt werden können. <

(Quelle : IHK Aachen, André Brümmer, AGS Aachen)

HANNELORE KRAFT ZUM SPARKASSENKOMPROMISS WENIGER SCHLECHT IST NOCH LANGE NICHT GUT



Hannelore Kraft, SPD-Landesvorsitzende

„Der nun vorliegende Kompromiss für ein neues Sparkassengesetz ist eine herbe Niederlage für Finanzminister Linssen. Die CDU/FDP-Landesregierung musste dem massiven Widerstand der Sparkassen, kommunalen Spitzenverbände, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden nachgeben und das Gesetz deutlich überarbeiten. Der erste Entwurf des Finanzministers war unbrauchbar. Allerdings birgt der Änderungsantrag nach wie vor beim Trägerkapital und der Sparkassenzentralbankfunktion für die WestLB die Gefahr einer schleichenden Privatisierung für unsere Sparkassen“, erklärte die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Hannelore Kraft, die heute in Düsseldorf vorgestellten Änderungen am Sparkassengesetz.

Kraft warf dem Finanzminister vor, er betreibe mit dem Versprechen, die Sparkassen für die nächsten 20 Jahre fit zu machen, eine verhängnisvolle Verharmlosungsstrategie. „Die Landesregierung hatte nie das Wohl der Sparkassen im Blick. Davon kann auch nach der Vorlage des Kompromisspapiers keine Rede sein. Auch der vorliegende Gesetzentwurf ermöglicht die Ausweisung von Trägerkapital und eröffnet damit weiterhin die Gefahr einer schleichenden Privatisierung der Sparkassen. Dem werden wir auch in Zukunft nicht zustimmen“, betonte die SPD-Fraktionsvorsitzende. <

GESCHICHTE GRÜNDER- UND UNTERNEHMERMUSEUM ERÖFFNET

Das erste Gründer- und Unternehmersmuseum (GuM) seiner Art in Deutschland wurde jetzt nach nur 16 Monaten Planungszeit als wirtschaftshistorisches Museum mit biografischer Ausrichtung im ehemaligen Stammsitz von August und Joseph Thyssen eröffnet.

Mit mehr als 300 Ausstellungsstücken dokumentiert das Museum auf rund 650 m² Fläche die wechselvolle Wirtschaftsgeschichte der Stadt. Gegenstand sind Unternehmerbiographien samt Lebenswerk der Persönlichkeiten, die in Mülheim an der Ruhr führende Unternehmen wie Mathias Stinnes, August und Joseph Thyssen oder die Schmitz-Scholls (Tengelmann) gegründet haben. Bis heute ist der „Gründergeist“ lebendig – aus diesem Grund wird das Thema Existenzgründung mit einem zweiten Erzählstrang und dem „Weg in die Selbstständigkeit“ an zehn interaktiven Stationen ansprechend und informativ vermittelt. Das im Haus der Wirtschaft in der Wiesenstraße 35 in 45473 Mülheim an der Ruhr untergebrachte Museum ist von Montag bis Donnerstag von 8 - 17 Uhr geöffnet, am Freitag von 8 - 15 Uhr. Der Eintritt ist frei. <

HANDWERK GESPRÄCHSKREIS HANDWERK DER SPD- LANDTAGSFRAKTION BEI DER HANDWERKSKAMMER IN DÜSSELDORF

Der Gesprächskreis Handwerk der SPD-Landtagsfraktion hat sich im Rahmen einer Tagung in der Handwerkskammer Düsseldorf über das Zustandekommen von Innovationen und die Situation der Unternehmensnachfolge im beschäftigungsstärksten Wirtschaftsbereich des Landes informiert. Wie Kammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Thomas Köster betonte, stehen allein im Kammerbezirk Düsseldorf in den nächsten fünf Jahren 5.000 Handwerksunternehmen mit mehr als 30.000 Beschäftigten zur Übernahme an. 70 Prozent der Betriebe würden fündig in der Familie oder bei Gründern, die einen bestehenden Betrieb fortführen wollten. <

FINANZKRISE**MEINUNGEN ZU DEN FINANZMÄRKTEN – HEUTE UND GESTERN**

Schon im Jahr 2005 hat der damalige Parteivorsitzende Franz Müntefering die Debatte um die Rolle von Finanzmarktakteuren eröffnet. Seitdem ist der Begriff der „Heuschrecke“ in aller Munde. Viele, die heute eine Regulierung der Finanzmärkte für nötig erachten, haben dies vor gut drei Jahren noch ganz anders gesehen:

„Herrn Münteferings moralische Entrüstung über ökonomische Gesetze könnte sich genauso gut gegen das Gesetz der Schwerkraft richten.“ (*Hans-Werner Sinn, Neue Rubr Zeitung, 15.04.2005*)

„Münteferings Kritik ist ein weiterer Schlag gegen die Investitionsbereitschaft und damit gegen den Wirtschaftsstandort Deutschland. Seine harschen Worte sind nichts als ein untauglicher Rückfall in die Klassenkampf-Rhetorik der SPD (...).“ (*Michael Glos, Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe im Bundestag, 18. 04. 2005*)

„Die SPD verspielt im Wahlkampftrausch deutsche Arbeitsplätze.“ (*Ludolf von Wartenberg, BDI-Hauptgeschäftsführer, Berliner Zeitung, 20.04.2005*)

„Bei Ihrer Kapitalismuskampagne geht es um nichts weiter (...) als um eine Verschwörungstheorie (...) Das ist zynisch, das ist populistisch und das ist verantwortungslos.“ (*Dr. Andreas Pinkwart, stv. FDP-Parteivorsitzender, Plenarprotokoll Deutscher Bundestag – 172. Sitzung, 21.04.2005*)

„Wer das Kapital kritisiert, spielt mit der Angst der Menschen. Deutschland katapultiert sich ins Abseits.“ (*Fürgen Weber, Lufthansa-Aufsichtsratschef und Beauftragter der Bundesregierung für Auslandsinvestitionen in Deutschland; Wirtschaftswoche, 28.04.2005*)

„Die inkompetente Kapitalismus-Schelte des SPD-Vorsitzenden Müntefering und anderer Sozialisten (und auch über die SPD hinaus) stellt sich seltsam dar in einem Land, dessen gegenwärtig deprimieren-

des Hauptmerkmal der Mangel an Kapitalismus und Kapital ist.“ (*Patrick Adenauer, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, Die Welt, 29.04.2005*)

„Ich finde es zum Kotzen, was derzeit in dieser Republik abläuft. (...) Das ist doch unpatriotisch, schlimmer geht's gar nicht.“ (*Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident am 29.04.2005 im ZDF*)

„Ich halte diese Diskussion der letzten zwei Wochen, die mit dem Heuschreckenvergleich von Herrn Müntefering begonnen wurde, für verheerend. Diese Klassenkämpferparolen (...) kosten Arbeitsplätze, weil sie Investoren ins Ausland vertreiben, und das ist das Falscheste was man machen kann.“ (*Guido Westerwelle, Westfälische Rundschau, 29.04.2005*)

„Müntefering ist ein Neandertaler-Sozialist.“ (*Ronald Pofalla, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 01.05.2005*)

„In der gegenwärtigen Diskussion werden elementare wirtschaftliche Zusammenhänge nicht beachtet.“ (*Nikolaus von Bombard, Vorstandsvorsitzender Münchener Rück, Handelsblatt, 06.05.2005*)

„Das sind Vokabeln aus der Zeit des realen Sozialismus, und wohin der geführt hat, ist ja bekannt.“ (*Josef Ackermann, Süddeutsche Zeitung, 19.05.2005*) <

AGSNRW-AKTIONSTIPP DES MONATS**NEUES ERBSCHAFTSSTEUERRECHT****KNOW-HOW VON UND MIT EXPERTEN**

Die AGS lädt Experten (Rechtsanwälte, Steuerberater usw.) zu diesem Fachthema ein.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf den wirtschaftlichen Konsequenzen für kleinere und mittelständische Betriebe. Eine Kooperation mit der **AsJ** bietet sich an. Das Thema eignet sich auch für die Öffentlichkeitsarbeit.

> **Kontakt:** teulings1@gelsennet.de <

BUNDESPROJEKT „PERSPEKTIVE 50PLUS“

AGS-LANDESVORSTAND INFORMIERTE SICH ÜBER BEST AGER-PROJEKT IM REVIER

Bis Jahresende 500 Vermittlungen in den normalen Arbeitsmarkt angestrebt

Gelsenkirchen. Bis zum Ende dieses Jahres will der „Beschäftigungspakt für Ältere im Revier“ mit seinen Job-Clubs in Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop und Oberhausen knapp 500 arbeitssuchende Ältere über 50 Jahre wieder in den normalen Arbeitsmarkt integriert haben. Das kündigte Projektleiter Detlev Kühn gegenüber dem AGS-Landesvorstand an, der seine Sitzung im Gelsenkirchener Job-Club in der Ebertstraße 20 durchführte, um sich über den aktuellen Stand des vom Bundesministerium für Arbeit geförderten und auf drei Jahre angelegten Gemeinschaftsprojektes zu informieren.

Bereits von Januar bis September dieses Jahres hat der Beschäftigungspakt demnach über 1.000 Betriebe in der Region kontaktiert, um offene Stellen für die BEST AGER zu akquirieren. Dadurch konnten bisher bereits rund 290 ältere Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden. Derzeit sind noch rund 6.500 Langzeitarbeitsuchende im Alter über 50 Jahre in den Städten Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck und Oberhausen ohne Beschäftigung.

Der AGS-Landesvorstand zeigte sich ausgesprochen angetan von den bisherigen Bemühungen und Erfolgen des Projektes. Es habe sich bereits gezeigt, sagte AGS-Landesvorsitzender Gerhard Teulings, dass die investierten Mittel in die Weiterbildung und die Integration älterer Arbeitssuchender bestens angelegt seien. Der Millionenaufwand für die Beschäftigung sei weitaus wirtschaftlicher und gesellschaftlich sinnvoller als die Abschiebung Langzeitarbeitsloser in die Frühverrentung.

Zu den Kernaufgaben der Unternehmensscouts in den Job-Clubs gehört u. a. die Stellen- und Praktikumsplatzakquise bei regionalen Unternehmen, die passgenaue Kundenauswahl für die Besetzung offener Stellen, die Sensibilisierung von Personalverantwortlichen in den Betrieben und die Beratung der Unternehmen über Förderinstrumente zur beruflichen Eingliederung. Dabei stehen alle Dienstleis-

tungen unter der stringenten Handlungsorientierung, ein Höchstmaß an nachhaltiger Arbeitsmarktintegration zu erzielen.

Je nach Einzelfall, so Projektleiter Detlev Kühn vor dem AGS-Landesvorstand, stehen Fördermittel für die einstellenden Betriebe bis zu 75 % des Bruttolohns zur Verfügung, ohne dass die Betriebe irgendwelche zusätzlichen Verpflichtungen eingehen müssen. <

MIKE GROSCHEK

ENGAGEMENT FÜR ARBEITSSUCHENDE UND KLEINE UND MITTLERE BETRIEBE

SPD-Generalsekretär Mike Groschek als Botschafter für ältere Arbeitssuchende • Bei Einstellungen bis zu 75 % des Bruttogehaltes als Förderung für Betriebe

Großer Auflauf in Oberhausen: Beim Unternehmer-Frühstück des Job-Clubs in der Mülheimer Straße 243 ließen sich rund 30 Unternehmer und Vertreter der lokalen Trägerorganisationen über das Projekt BEST AGER, den Beschäftigungspakt für Ältere im Revier, informieren und über den Zwischenstand der Arbeit unterrichten. Mit dabei: Mike Groschek, heimischer Landtagsabgeordneter und SPD-Generalsekretär in Nordrhein-Westfalen, der beim Unternehmer-Frühstück nicht als Parteivertreter, sondern erstmals in seiner Eigenschaft als offizieller Projekt-Botschafter für den Job-Club Oberhausen auftrat.

Groschek machte dann auch gleich engagiert deutlich, wie er seine Aufgabe versteht: Im politischen Raum will er insbesondere die Arbeitsmarktpolitiker mobilisieren und darüber hinaus „bei jeder Gelegenheit“ gerade die kleinen und mittleren Unternehmen auf die Notwendigkeit und die Chancen der Integration älterer Arbeitssuchender in den Arbeitsmarkt aufmerksam machen.

Groschek stellte insbesondere ein Sonderprogramm heraus, nach dem im Einzelfall und ohne zusätzliche Verpflichtung der Unternehmen bis zu 75 % des Bruttogehaltes eines älteren Arbeitnehmers als Förderbetrag an den aufnehmenden Betrieb gezahlt werden kann. Mike Groschek: „Bei jedem meiner vielfältigen Unternehmensbesuche werde ich das erzählen und die Betriebe zum Kontakt mit dem Job-Club auffordern.“



Gerd Teulings, Annette Gleibs, Mike Groschek (v.l.n.r.)

Das seit Anfang dieses Jahres laufende Gemeinschaftsprojekt (beteiligt sind auch Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck) hat – so Annette Gleibs, die Geschäftsführerin der ARGE SODA – bisher allein in Oberhausen 130 ältere Arbeitnehmer in normale Arbeitsstellen vermittelt. Bis Ende des Jahres, so die Zielvorgabe, sollen rund 170 konkrete Vermittlungen zu Buche stehen. Zudem, so die Oberhausener Arbeitsmarktexpertin, wurden in den bisherigen Monaten durch das rührige Team des Job-Clubs bereits 836 so genannte Aktivierungen vorgenommen – Maßnahmen, mit denen längere Zeit Arbeitssuchenden in Oberhausen vor allem neue Motivation vermittelt wurde. Bis zum Ende des zunächst auf drei Jahre angelegten Förderprojekts des Bundesministeriums für Arbeit sollen in Oberhausen über 500 Ältere ab 50 Jahren in feste Arbeitsstellen vermittelt sein. Insgesamt soll es über 1.500 Vermittlungen im Beschäftigungspakt geben, kündigte Projekt-Botschafter Mike Groschek an. <

SPD-RATSFRAKTION GELSENKIRCHEN FRAKTIONSVORSTAND BEI „BEST AGER“

Bis zum Ende dieses Jahres will der „Beschäftigungspakt für Ältere im Revier“ mit seinen Job-Clubs in Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop und Oberhausen knapp 420 arbeitssuchende Ältere über 50 Jahre wieder in den normalen Arbeitsmarkt integriert haben.

Das kündigte Projektleiter Detlev Kühn heute gegenüber dem Gelsenkirchener SPD-Fraktionsvorstand an, der seine Sitzung im Gelsenkirchener Job-Club

in der Ebertstr. 20 durchführte, um sich über den aktuellen Stand des vom Bundesministerium für Arbeit geförderten und auf drei Jahre angelegten Gemeinschaftsprojektes zu informieren. Bereits von Januar bis September diesen Jahres hat der Beschäftigungspakt schon über 1.000 Betriebe in der Region kontaktiert, um offene Stellen für die BEST AGER zu gewinnen. Dadurch konnten bisher bereits rund 320 ältere Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der Fraktionsvorstand der Gelsenkirchener SPD zeigte sich ausgesprochen angetan von den bisherigen Bemühungen und Erfolgen des Projekts, wie Lutz Dworzak, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und sozialpolitischer Sprecher betonte: „Es hat sich bereits gezeigt, dass die investierten Mittel in die Weiterbildung und die Integration älterer Arbeitssuchender bestens angelegt sind. Der Millionenaufwand für die Beschäftigung ist weitaus wirtschaftlicher und gesellschaftlich sinnvoller als die Abschiebung Langzeitarbeitsloser in die Frühverrentung.“



Der Gelsenkirchener SPD-Fraktionsvorstand zu Besuch im Job-Club in der Ebertstraße. Mit auf dem Foto: GAFÖG-Geschäftsführer und Projektkoordinator Dr. Stefan Lob (rechts), Projektleiter Detlev Kühn (links) und Dirk Sußmann, stellvertretender Geschäftsführer des Integrationscenters für Arbeit Gelsenkirchen (3.v.l.).

Zu den Kernaufgaben der Unternehmensscouts in den Job-Clubs gehört u. a. die Akquise von Stellen und Praktikumsplätzen bei regionalen Unternehmen, die passgenaue Kundenauswahl für die Besetzung offener Stellen, die Sensibilisierung von Personalverantwortlichen in den Betrieben und die Beratung der Unternehmen über Förderinstrumente zur beruflichen Eingliederung. <

BERNHARD RAPKAY
DIE EUROPA-KOLUMNE

NEU!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,



Bernhard Rapkay,
MdEP

sicherlich habt ihr Euch als Unternehmer auch schon mal gefragt, ob der „Friseur an der Ecke“ von einem gemeinsamen europäischen Markt überhaupt Vorteile haben kann. Zumindest ist es eine Frage, die mir als Europa-abgeordneter immer wieder gestellt wird.

Die Antwort: Nein. Zumindest nicht unmittelbar. Aber schaut man einmal etwas genauer hin, finden sich durchaus Punkte, die auch den kleinen Betrieben den Nutzen eines europäischen Marktes spüren lassen. Besonders für Kleinbetriebe ist es manchmal jedoch schwierig, die europäische Einflussnahme zu erkennen, da ihre Hauptthemen wie Besteuerung, Abgaben und Bürokratie auf nationalstaatlicher Ebene geregelt werden. Dennoch gibt es auch in der Europapolitik Vereinbarungen, die besonders den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Erleichterungen verschaffen sollen. Ein Beispiel hierfür ist der Small Business Act. „Think small first“ ist das Motto, nachdem Maßnahmen geschaffen werden, um bürokratische Hürden für die KMU abzubauen und ihnen zu helfen, den Binnenmarkt sowie die internationalen Märkte nach ihren Möglichkeiten optimal zu nutzen. Hier geht es zum Beispiel um KMU-freundlichere Verwaltungsverfahren, verbesserten Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen und Beihilfen, erleichterten Zugang zu Kapital oder die Förderung von Ausbildung und Innovation.

Neben dem Small Business Act steht das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Ein vielleicht nicht ganz griffiger Titel für eine gute Sache. Denn dieses Rahmenprogramm soll gerade den kleinen und mittleren Betrieben zum Beispiel in ihrer Start- und Expansionsphase den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern, oder Unterstützung bieten, wenn es um die Beschaffung von Infor-

mationen und Beratung über die Funktionsweise und die Möglichkeiten des Binnenmarktes geht.

Es gibt also eine Reihe von Maßnahmen, die Europa auch in die kleinen und mittleren Unternehmen bringen soll. Allerdings müssen diese aktiv angenommen werden. Weshalb sich immer noch verbreitet das Gefühl durchsetzt, das besonders kleinere Unternehmen, die sich kaum oder gar nicht auf dem europäischen Binnenmarkt bewegen, keine Vorteile durch das stetige Zusammenwachsen der europäischen Märkte haben. Ein Trugschluss. Was der Besuch des KMU-Portals* zeigt.

(* <http://ec.europa.eu/enterprise/sme>)

Auf dieser Internetseite der Europäischen Kommission finden sich alle wichtigen Informationen „über das gesamte Spektrum der Politiken, Rechtsvorschriften, Programme und Initiativen der EU, die für die kleinen und mittleren Unternehmen Europas relevant sind.“ Ein Besuch lohnt sich also in jedem Fall. <

TERMINE

Samstag, 15. November 2008

Zukunftskonvent der NRWSPD

Messe Essen, Congress Center West, Norbertstraße 56, 45131 Essen

Donnerstag, 11. Dezember 2008

Vorstandssitzung der AGSNRW

UB Coesfeld

Mittwoch, 21. Januar 2009

AGS Dortmund, AGSNRW und Sparkasse Dortmund

Die Finanzkrise und die Auswirkungen auf KMU; mit einem Referat von Norbert Wolf (Mitglied des Sparkassenvorstands) und anschließender Diskussion.

Sparkasse Dortmund, Freistuhl 2, 44137 Dortmund

Samstag, 28. März 2009

Landeskongress der AGSNRW

Bochum

KURZ NOTIERT

Verordnung: Mehr Sozialversicherungsbeiträge bei höheren Einkommen ab 2009

Ab 2009 steigt die Bemessungsgrenze, bis zu der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Sozialversicherungsbeiträge abführen müssen.

>>> mehr

Studie: Bürokratie blockiert Existenzgründungen – schwere Zeiten für Existenzgründer

Deutschland bietet europaweit die schlechtesten Bedingungen für Neugründungen.

>>> mehr

Übersicht: So weit reicht Ihr Direktionsrecht im Betrieb

Als Arbeitgeber haben Sie ein Direktionsrecht: Sie dürfen bestimmen, welche Aufgaben ein Mitarbeiter erfüllen soll. Doch Ihnen sind Grenzen gesetzt. Welche, lesen Sie hier.

>>> mehr

Versetzungsklauseln: So versetzen Sie Arbeitnehmer korrekt auf einen anderen Arbeitsplatz

Arbeitnehmer können im Bedarfsfall einen anderen Arbeitsplatz einnehmen – wenn Sie die Versetzungsklauseln im Arbeitsvertrag korrekt verfassen. Hier finden Sie Muster-Formulierungen.

>>> mehr

Leitfaden: So gewinnen Sie öffentliche Aufträge

Ein kostenloser Leitfaden erklärt, wie Bund, Länder und Kommunen Aufträge vergeben. Außerdem finden Sie strategische Tipps, um diese Aufträge zu gewinnen.

>>> mehr

KfW-Fördermittel: Verbesserte Förderbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen

Die KfW Mittelstandsbank hat im Rahmen der „Initiative kleiner Mittelstand“ ihre Programmlandschaft erweitert – um spezielle Förderfenster für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

>>> mehr

Sparen: Energiekosten spürbar senken

Steigende Preise für Strom, Gas und Benzin belasten viele Unternehmen. Dazu kommen Steuern und die Kosten für Umwelt-Zertifikate. Hier lesen Sie, wie Sie Kosten minimieren können.

>>> mehr

Checkliste: 14 Leitlinien für Ihre Führung in Krisenzeiten

2009 kommt die Wirtschaftsflaute – und mit ihr die unternehmerischen Sorgen. Wie Sie Krisen im Unternehmen bewältigen, lesen Sie hier.

>>> mehr

Arbeitsrecht: So beschäftigen Sie freie Mitarbeiter

In unsicheren Wirtschaftszeiten bietet die Beschäftigung freier Mitarbeiter viele Vorteile. Allerdings birgt die Gestaltung des Arbeitsvertrages auch Risiken. Wie Sie diese umgehen, erfahren Sie hier.

>>> mehr

Studie: Mitarbeiter liefern die besten Ideen

Unternehmen setzen immer häufiger auf die Ideen ihrer Mitarbeiter. Der Effekt: weniger Kosten und bessere Produkte.

>>> mehr

Insolvenz: Die häufigsten Ursachen von Firmenpleiten

Meistens scheitern Unternehmen nicht an Management-Fehlern. Jedoch verdrängen viele Unternehmer ihr Insolvenz-Problem – und verschärfen so die Krise. Hier lesen Sie, warum Unternehmen scheitern.

>>> mehr

EU-Richtlinie: Gleiche Rechte für Zeitarbeiter und Stammbeslegschaft

Europäische Unternehmen müssen Zeitarbeitern zukünftig die gleichen Rechte gewähren und dieselben Löhne zahlen wie Festangestellten.

>>> mehr

(U.a. mit Material von <http://www.mittelstanddirekt.de>)

PERSÖNLICHES

Magnus Bende aus Sundern-Amecke (Märkischer Kreis) sucht MitstreiterInnen, die sich mit ihm und anderen in der AGS engagieren wollen. In weiteren Orten des Märkischen Kreises – so u. a. in Schalksmühle, Kierspe, Balve, Werdohl und Lüdenscheid – gibt es bereits Interessenten, die sich ebenso in der AGS organisieren wollen und deshalb die Gründung einer AGS „MK“ planen. Entsprechende Überlegungen werden in Kooperation mit der SPD vor Ort über den AGS-Landesvorsitzenden Gerd Teulings koordiniert (teulings1@gelsenet.de) +++

Oswin Dillmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der Gelsenkirchener SPD, hat gemeinsam mit der dortigen AGS in einem „Gelsenkirchener Wirtschaftsforum“ die Arbeit der Wirtschaftsförderung, die Chancen für den Mittelstand und die entsprechenden Kooperationsmodelle dargestellt, die in der Schalke-Stadt angeboten werden. Zu der Veranstaltung wurden alle Gelsenkirchener Unternehmen – vor allem mittelständische Betriebe – eingeladen, erklärte Dillmann gegenüber den AGS:Nachrichten. +++ **Dr. Markus Sondermann**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Düsseldorf, Landesvorsitzender der AsJ in NRW, und der AGS-Landesvorsitzende Gerhard Teulings wollen in einem Gesprächskreis aus beiden SPD-Arbeitsgemeinschaften eine kooperative Zusammenarbeit erörtern und konkret vereinbaren. Interessenten, die an einem ersten Kontaktgespräch teilnehmen wollen, melden sich bitte bei Gerd Teulings (teulings1@gelsenet.de). +++ Die Stadt Essen wird demnächst mit einem weiteren sozialdemokratischen Abgeordneten im NRW-Landtag



vertreten sein: **Peter Weckmann** (56), seit 1996 Geschäftsführer im Unterbezirk Essen, rückt zum 1. Januar 2009 für Ex-Minister Harald Schartau nach, der als Arbeitsdirektor zur Georgsmarienhütte GmbH wechselt. Essens SPD-Geschäfte führt künftig **Arno Klare** mit, zur Zeit Geschäftsführer der Mülheimer SPD.

LESERREAKTIONEN

JULI ZEH: „HAUPTWOHNSITZ: ZWISCHEN DEN STÜHLEN“

Der Artikel von Juli Zeh in der letzten Ausgabe der AGS:Nachrichten hat vielfach große Aufmerksamkeit erzeugt. Bestes Beispiel: Die AGS Gelsenkirchen will ihn zur Grundlage eines „World Cafés“ machen, einer neueren Veranstaltungsform, um gemeinsam mit vielen AGS-Mitstreitern die Inhalte und möglichen Perspektiven zu diskutieren. Das vorgesehene World Café soll in den ersten Monaten des kommenden Jahres stattfinden und auch für Interessierte aus benachbarten AGS-Gruppen zugänglich sein, kündigte die AGS Gelsenkirchen an.

FINANZKRISE

NEUE VERKEHRSREGELN FÜR DIE INTERNATIONALEN FINANZMÄRKTE

„Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als die Finanzmärkte ‚neu zu zivilisieren‘ und darüber vergleichbare Krisen in der Zukunft möglichst zu verhindern.“

(Peer Steinbrück in seiner Regierungserklärung zur Lage der Finanzmärkte am 25. September 2008)

UND NOCH EIN ZITAT ...

Ähnlichkeiten mit lebenden oder verstorbenen Personen sind weder beabsichtigt, noch zufällig, sondern unvermeidlich – wer sich erkennt, ist gemeint:

„Demokratie ist eine schöne Idee, die daran krankt, vor allem Hohlköpfen, Angebern und Nervensägen moralischen Anspruch und Aufmerksamkeit zu verleihen.“

(Cordt Schnibben, Journalist, im SPIEGEL 38/1998)

Bis zur nächsten Ausgabe,

Gerhard Teulings
AGS-Landesvorsitzender